

Lehrkraftemangel ist in vielen Teilen Deutschlands ein weit verbreitetes Problem, auch in Baden-Württemberg verschärft sich die Situation in einigen Punkten bereits seit mehreren Jahren. Umso wichtiger ist die schnelle Reaktion der Landesregierung auf die 1.440 nicht ausgeschriebenen Lehrstellen. Gleichzeitig hat Kultusministerin *Theresa Schopper* (Bündnis 90/ Die Grünen) auch eine Arbeitsgruppe ins Leben gerufen, welche die Ursachen für die falsch ausgewiesenen Stellen im Personalverwaltungssystem erarbeiten soll. Die Gruppe soll konkret drei Themenkomplexe untersuchen und ihren Ergebnisbericht noch vor Weihnachten 2025 vorlegen.

Drei Schulformen gewinnen

Den Forderungen von Eltern, Lehrkräften und ihren Gewerkschaften entsprechend wurden die gefundenen Stellen zügig mit einer verlängerten Frist ausgeschrieben. Dabei sollen vor allem die Lücken in Lehrplänen verkleinert werden, um den Schülern wieder eine bessere Unterrichtsversorgung zu bieten. Die meisten Stellen wurden dabei mit 485 Stellen den sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren zugeteilt. Grundschulen und Gymnasien erhielten mit jeweils 350 Stellen ebenfalls einen beachtlichen Anteil. Allerdings werden von den Stellen für Gymnasien 300 Lehrkräfte befristet an andere Schularten abgeordnet. Dieses Kontingent ist eine Vorsorge für die Mehrbedarfe infolge der Umstellung auf G9. Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) fordert jedoch, dass der Zusatzbedarf an Lehrkräften aus G9 nicht aus den „verschundenen Stellen“ gedeckt wird, sondern dass diese aus einem eigenen Topf gewonnen werden, wie die Landesregierung es zugesagt hatte.

Noch viele offene Stellen

Insgesamt galt es, in diesem Jahr 6.100 Stellen zu besetzen, von denen im September bereits 4.900 vergeben waren, das sind etwa 500 Stellen mehr, als im letzten Jahr besetzt werden konnten. *Schopper* sagte dazu: „Wir gehen gut gerüstet in das neue Schuljahr.“ Dennoch bleiben 1.159 offene Stellen, deut-

Versorgung bleibt unsicher

Trotz deutlichem Einstellungsplus bei Lehrern

(BS/sr) Es war durchaus ein Aufreger, als in der Sommerpause bekannt wurde, dass durch einen Softwarefehler knapp 20 Jahre lang 1.440 Lehrstellen in Baden-Württemberg nicht besetzt wurden. In der Landesregierung reagierte man schnell mit Bemühungen, die Stellen zu besetzen und die Fehler aufzuarbeiten. Doch liefern die neuen Stellen tatsächlich eine Entlastung für das Schulwesen in Baden-Württemberg oder sind die „frei“ gewordenen Lehrstellen nur eine Lehre?



Trotz der vielen neuen Stellen mussten Schülerinnen und Schüler schon am ersten Schultag mit Unterrichtsausfall rechnen.

Foto: BS/ImageFlow, stock.adobe.com

lich mehr als noch im Vorjahr: Hier waren es gerade einmal 250 Stellen. Mit dem verlängerten Einstellungszeitraum bis zum 31. Oktober kann sich hier aber noch einiges tun. *Monika Stein*, Landesvorsitzende GEW Baden-Württemberg, erklärte auf Rückfrage, dass es besser sei, die Stellen im laufenden Schuljahr nachzubesetzen als gar nicht. Sie ergänzte: „Für eine gute Unterrichtsversorgung müssten alle Stellen besetzt werden. Leider wird dies bei den SBBZ und manchen Schulen in Mangelregionen erneut nicht gelingen und die Lehrkräfte müssen jonglieren, um jeden

Tag dafür zu sorgen, dass Unterricht stattfinden kann.“

Die meisten, der noch nicht vergeben, Stellen finden sich gerade in dem Bereich, der die meiste Unterstützung nötig hätte: bei den sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren, sodass die Lage hier trotz der vielen bereitgestellten Stellen weiterhin angespannt bleibt. Nach Aussage des Kultusministeriums gibt es jedoch nur noch wenige Sonderpädagoginnen und Sonderpädagogen für diese offenen Positionen, weil der stetige Zuwachs an Stellen in diesem Bereich dazu geführt habe, dass

sich die Bewerberinnen und Bewerber ihre Wunschregionen bei der Jobsuche auswählen konnten. Dadurch kommt es gerade im ländlichen Raum häufig zu einem Mangel an Fachpersonal, sodass in diesen Regionen erneut geeignete Personen ohne Lehramtsqualifikation befristet beschäftigt werden müssen. Nicht nur bei den sonderpädagogischen Einrichtungen ist schwierig, Lehrkräfte zu gewinnen. Auch abseits des Rheins ist der ländliche Raum häufig schlechter versorgt. „[...] aber auch in der Landeshauptstadt Stuttgart können nicht alle freien Stellen besetzt

werden. Ein Grund dafür sind unter anderem die hohen Mieten in der Stadt“, erklärt *Stein*.

Für eine faire Bildung der Zukunft

Es bleibe also nach wie vor einige Probleme zu lösen, auch wenn es besonders im Bereich der Grundschulen schon deutliche Fortschritte bei der Lehrerausstattung gibt. Es bleibt abzuwarten, ob sich noch mehr Bewerber für die verbliebenen freien Stellen finden lassen oder diese weiter verwaist bleiben. Die GEW macht jedenfalls klar, dass es mit einer Ausschreibung der Lehrstellen nicht getan ist. *Stein* konstatiert: „Wir erwarten bis Weihnachten ein transparentes Konzept, wie alle eingesparten Gelder für die verschwundenen Stellen für Lehrkräfte den Schulen zurückgegeben werden.“ Kurzum: Gemeinsam mit der Aufarbeitung des Fehlers soll auch bekannt gegeben werden, wie die in den letzten 20 Jahren eingesparten Gelder in das Schulwesen investiert werden können.

„Wir gehen gut gerüstet ins neue Schuljahr.“

Theresa Schopper Kultusministerin
Baden-Württemberg

Mit Blick auf die anstehenden Wahlen im Jahr 2026 möchte die GEW sich zudem dafür einsetzen, die Bedingungen im Bildungssystem des Landes weiter zu verbessern. Daher hat die Gewerkschaft zehn Forderungen an die nächste Bundesregierung. Dazu gehört auch eine langfristige Lehrkräftebedarfsplanung. Hier ist vor allem die Schaffung neuer Studienplätze relevant. Denn die Ausweitung der Studienplätze z. B. in Freiburg macht noch einmal deutlich, dass mehrere Jahre vergehen, bis diese Bemühungen Früchte tragen. *Schopper* zeigte sich aufgrund der geschaffenen Plätze optimistisch: „Die Erhöhung der Studienplatzkapazitäten macht sich hier bemerkbar, sodass wir in weiten Teilen eine gute Abdeckung sicherstellen können.“

Dabei hatte *Keilmann* bereits vor seinem Amtsantritt in Darmstadt zentrale Rollen. Im Bundesministerium der Finanzen war er schon früh Referent in der Haushaltsabteilung und Mitautor des „Piduch“, eines Standardwerkes unter den Kommentaren zum Bundeshaushaltsrecht. Im Ministerium der Finanzen Rheinland-Pfalz leitete er das Grundsatzreferat für die Personalausgabenbudgets aller Ressorts sowie für die Einführung Neuer Steuerungsmodelle. Im Hessischen Ministerium der Finanzen in Wiesbaden realisierte er schließlich die pragmatische Umsetzung der Konjunkturprogramme und entwickelte die bislang bundesweit einzige doppelte Schuldenbremse, den kommunalen Schutzschirm in Hessen. Nicht zuletzt damit wurde er zu einer zentralen Stimme im doppelten Reformprozess. Die Verbindung von Verwaltungspraxis, konzeptioneller Stärke und analytischer Tiefe war schon damals prägend für sein Wirken.

Mit dem Wechsel zum Rechnungshof im Jahr 2013 übernahm *Keilmann* Verantwortung für die systematische Weiterentwicklung der Überörtlichen Prüfung. In bislang sechzehn Kommunalberichten und wegweisenden Sonderberichten gelang es ihm in den zurücklie-

Das Dutzend ist voll

Ulrich Keilmann prägt seit zwölf Jahren die Überörtliche Prüfung

(BS/gg) Wenn man in den vergangenen zwölf Jahren über Überörtliche Prüfung in Deutschland sprach, fiel immer wieder ein Name: Dr. Ulrich Keilmann. Als Leiter der Überörtlichen Prüfung kommunaler Körperschaften beim Hessischen Rechnungshof hat er nicht nur ein neues Niveau in der Finanzkontrolle etabliert, sondern auch weit über Hessen hinaus Debatten angestoßen – über Steuerung, Transparenz und Zukunftsfähigkeit kommunaler Finanzen.



Dr. Ulrich Keilmann, Leiter der Überörtlichen Prüfung kommunaler Körperschaften beim Hessischen Rechnungshof, ist auch fachlicher Leiter des Haushalts- und Finanzpfels am 23./23. Oktober auf dem Petersberg.

Foto: BS/privat

genden zwölf Jahren, die Prüfung weg von dem Image der „Besserwisse“ hin zu einem Impulsgeber für kommunale Selbststeuerung weiterzuentwickeln. Dabei ging es

ihm nie nur um Kontrolle, sondern immer auch um Beratung und Strukturverbesserung.

Keilmann trieb die konzeptionelle Arbeit systematisch voran. Die En-

twicklung des Mehrkomponentenmodells (MKM 2.0) zur Bestimmung finanzieller Leistungsfähigkeit oder die Nachhaltigkeitssteuerung via Haushalt sind nur zwei Beispiele für seine Handschrift. Zahlreiche Kommunen in Hessen konnten mithilfe dieser Instrumente ihre Haushaltsführung nachhaltig verbessern.

Doch *Keilmann* ist nicht nur Prüfer und Konzeptionist, sondern auch einer der aktivsten Autoren auf dem Feld der Kommunalfinanzen. Mit fast 100 Aufsätzen in relevanten Fachzeitschriften und Sammelbänden hat er eine beachtliche Wirkung entfaltet – und nicht zuletzt kommentiert er seit 2016 regelmäßig in einer Kolumne in dieser Zeitung in mittlerweile weit über 100 Beiträgen das kommunale Verwaltungsgeschehen; pointiert, kritisch und breit gefächert. Von der Weiterentwicklung der Doppik, der Steuerung mit SDG-Kennzahlen, interkommun-

naler Zusammenarbeit, Digitalisierung, Risikomanagement bis hin zur Rolle kommunaler Unternehmen und Krankenhäuser – kaum ein Thema blieb unbeleuchtet.

Dabei verfolgt er stets einen praxisorientierten Ansatz. Seine Texte sind auf Umsetzbarkeit bedacht und stärken den kommunalen Handlungsspielraum. In seinen Beiträgen verknüpft er rechtliche Analyse mit wirtschaftlicher Perspektive und strategischem Denken.

Als Behördenleiter mit klarer Linie bleibt er immer im Gespräch mit den Kommunen. Die Überörtliche Prüfung unter seiner Leitung ist nicht als Endstation gedacht, sondern als Ausgangspunkt für Verbesserungen. Seine Devise: Prüfen heißt auch beraten und Veränderungen möglich machen.

Dr. Ulrich Keilmann hat die Art, wie über Haushaltskonsolidierung, Steuerung, Transparenz und Effizienz kommunaler Leistungen gedacht wird, nachhaltig geprägt. Sein Werk steht für kluge Analyse, kreative Konzepte und vor allem eine tiefe Verbundenheit mit dem kommunalen Auftrag. Er ist ein öffentlich sichtbarer, fachlich herausragender und in der Verwaltung hoch anerkannter Reformator und das wird er auch weiterhin bleiben.